Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatl. 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatl. 10 ₰, ¼jährl. 30 ₰.

Volksblatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Wohnungs-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ½10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 6645.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 17, Eingang Bölbergasse.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Motto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 161. Halle a. S., Mittwoch den 12. Juli 1893. 4. Jahrg.

Die Matrikularbeiträge.

Wenn je der Inhalt einer Thronrede frei von allen Ueberraschungen war, und lediglich den Inhalt der offiziösen Mitteilungen der letzten Wochen wiedergab, so war es die Ansprache des Kaisers, mit der der neugewählte Reichstag eröffnet wurde. Aufgabe des Reichstages sei nach ihr lediglich die Annahme der Militärvorlage, um die Deckungsfrage habe er sich vorerst nicht zu kümmern; für das nächste Etatsjahr sollen die durch die Militärvorlage notwendigen Auslagen durch die Matrikularbeiträge aufgebracht werden.

Was sind nun diese Matrikularbeiträge?

Der Ausdruck stammt noch aus dem alten Deutschen Reiche. In der „Reichsmatrikel" des Reiches waren alle Stände des Deutschen Reiches und ihre Beiträge zu den Kosten der Reichsverwaltung verzeichnet. Die hiernach von den einzelnen Bundesmitgliedern zu entrichtenden Beiträge wurden Matrikularbeiträge genannt, ein Ausdruck, der auch für den Norddeutschen Bund und für das gegenwärtige Deutsche Reich zur Bezeichnung derjenigen Beiträge beibehalten worden ist, die nach § 70 der Reichsverfassung von den einzelnen Bundesstaaten zur Bestreitung der gemeinsamen Ausgaben aufzubringen sind, soweit die letzteren nicht durch etwaige Ueberschüsse der Vorjahre, sowie durch die Einnahme aus den Zöllen, aus den gemeinsamen Verbrauchssteuern und aus dem Post- und Telegraphenwesen gedeckt werden.

Die Matrikularbeiträge werden nicht nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Einzelstaaten auf diese verteilt, sondern lediglich im Verhältnis zur Kopfzahl der Einwohner, sie wirken also auf die Einzelstaaten ganz ebenso wie Kopfsteuern, deren Erhebung von jedem Nationalökonomen als die mechanischste, ungerechteste und sozial verwerflichste Form der Verteilung der Staatslasten bezeichnet wird. Das System der Matrikularbeiträge hat keinen einzigen Anhänger, seit Gründung des Norddeutschen Bundes wird es stets bekämpft und niemals verteidigt und doch steigen die Matrikularbeiträge ununterbrochen, sie betrugen im Jahre 1874: 67144300 Reichs Mark und waren bis zum Reichshaushaltsetat von 1892/93 fast auf das Fünffache, nämlich auf 320 859 700 Mark gestiegen.

Unter den Gegnern des Systems der Matrikularbeiträge wollen wir, von Männern der Opposition ganz absehend, bloß drei unserer vornehmsten Regierungsstützen nennen: Sr. Exzellenz den kgl. preußischen Finanzminister Miquel, der soeben das Großkreuz des Roten Adlerordens mit Krone und Eichenlaub für seine finanzpolitischen Leistungen erhalten hat, den Chef unserer amtlichen Statistik, den Geh. Rat Hans von Scheel, und den Professor der Nationalökonomie an der Universität Berlin und gewesenen Kandidaten der „Reichstreuen" im II. Berliner Wahlkreise, den Geheimrat Adolf Wagner.

In der Sitzung des konstituierenden Reichstages des Norddeutschen Bundes vom 9. März 1867 bekämpfte Miquel mit aller Entschiedenheit die Matrikularbeiträge, er erklärte sie für ungerecht in höchstem Maße betonte, daß sie nicht die dauernde Basis des Steuersystems des Bundes sein können und bewies dies an einem noch heute ausgezeichnet zutreffenden Beispiele, indem er darauf hinwies, daß durch sie die reichen Hamburger und Bremer in demselben Maße getroffen werden, wie die entsprechende Anzahl von Bewohnern der armen Thüringer Waldgegend. Der Bundeskanzler Bismarck, der sonst aufs zäheste sein Werk, die Bundesverfassung, verteidigte, gestand in der Sitzung vom 11. März 1867 zu, daß die Verteilung der Matrikularbeiträge nach der Kopfzahl ein unvollkommener Modus sei, er täuschte den Reichstag mit der Erklärung, daß es sich bloß um eine Maßregel vorübergehender Natur handle. Mehr als ein Vierteljahrhundert ist seitdem verflossen und noch nie wurde der Versuch gemacht, die Matrikularbeiträge abzuschaffen oder sie auf eine gerechtere Weise auf die Einzelstaaten umzulegen, obgleich es in der deutschen finanzpolitischen Litteratur an bezüglichen Vorschlägen nicht fehlt.

v. Scheel erklärt sich in seiner längeren Abhandlung „Wie sind die Matrikularbeiträge im Deutschen Reiche zu beseitigen?" (Holtzendorff und Brelaros Jahrbuch für Gesetzgebung u. s. w, 2. Jahrgang, Leipzig 1878 S. 49—77) für die Beibehaltung geringer Matrikularbeiträge, weil das Reich derartiger beweglicher Einnahmen bedarf, aber er erklärte die Höhe der Matrikularbeiträge im Jahre 1878 schon viel zu hoch, obgleich sie in dem Etatsjahre, in dem er seinen Aufsatz schrieb, erst 81108516 Mark, demnach erst den vierten Teil der im verflossenen Etatsjahre erreichten Höhe, betrugen.

Adolf Wagner erklärt in seinem Aufsatze über das Reichs-Finanzwesen (Holtzendorffs Jahrbuch I. Band 1872 S. 628) das Prinzip der Matrikularbeiträge für politisch, finanziell und volkswirtschaftlich unzulänglich. Er sagt: „In der Verteilung nach der Kopfzahl der ganz zufälligen und ganz verschiedenartigen Gebilde, welche „deutsche Staaten" heißen, liegt ein prinzipieller Fehler." Besonders treffend gegen die jetzigen Pläne der Reichsregierung schrieb Wagner in diesem vor 21 Jahren veröffentlichten Aufsatze: „Das Irrationelle und Nachteilige der Matrikularbeiträge nach Maßgabe der Bevölkerung tritt umsomehr hervor, je absolut größer die Reichsausgaben und je stärker die Quote (der Anteil) derselben ist, welcher durch jene Beiträge gedeckt werden muß." Schon damals, gleich nach Gründung des Reichs, hielt er es für notwendig „auf Ersatzeinnahmen an Stelle der Matrikularbeiträge zu sinnen, damit jene Erweiterung der Uebelstände dieser Deckungsmittel sich nicht noch steigert."

Wir sehen, wie die Matrikularbeiträge von den festesten Stützen des Reiches prinzipiell bekämpft werden, wie aber doch mit ihnen lustig fortgewirtschaftet wird.

Der einzige Trost des Herrn v. Maltzahn bei der Kritik seiner von der offiziellen Wissenschaft und vom jetzigen preußischen Finanzminister, freilich vor sechsundzwanzig Jahren, verurteilten Wirtschaft mit den Matrikularbeiträgen dürfte es sein, daß die Finanzminister der Einzelstaaten ihn an Fähigkeiten und Weitsicht nicht überragen. Herr Miquel übertrifft ja unzweifelhaft die übrigen Finanzminister an Geschick und Fähigkeiten, aber wo es sich um den Militarismus handelt, ist er ebenso ein willfähriges Werkzeug des General Reichskanzlers, wie nur irgend ein expedierender Sekretär. Unfaßbar bleibt es aber trotz alledem, daß die 25 deutschen Finanzminister im Etatsjahr die Kosten der Militärvorlage aufbringen wollen, daß sie alle sich bei der Börse Konkurrenz machen wollen, wenn sie infolge der Steigerung der Matrikularbeiträge zum Schuldenmachen gezwungen sind, statt das Reich für seine neuen Bedürfnisse selbst sorgen zu lassen. Miquel, dem in Preußen das Geld für Schulzwecke, für Erhöhung der Beamtengehälter fehlt, der über seinen Geldmangel wie ein Gardeleutnant zu klagen vorsteht, er muß jetzt aus den preußischen Staatskassen zu den ohnedies fälligen Matrikularbeiträgen für das laufende Etatsjahr noch einige weitere Dutzende von Millionen flüssig machen.

Daß man mit dieser Art von Finanzwirtschaft das Reich immer mehr von den Einzelstaaten abhängig macht, das übersehen gänzlich die den Partikularismus so hassenden Nationalliberalen und die anderen „reichstreuen" Parteien. Hierin wie in so vielem anderen, können uns die anderen Bundesstaaten, die Schweiz und die Vereinigten Staaten zum Muster dienen, deren Finanzwirtschaft gänzlich unabhängig von Beiträgen der Einzelstaaten ist, sie kommen mit ihren eigenen Einnahmen aus.

Endlich darf nicht außer acht gelassen werden, wie politisch falsch es ist, daß der auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählte Reichstag die Ausgaben bewilligen soll, während über die Einnahmen die nach den verschiedensten Wahlsystemen gewählten Landtage bestimmen sollen. Es handelt sich hier auch um eine Verminderung der Rechte des Reichstages und um eine Art Verkümmerung der Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts. Dies sollte nicht außer acht gelassen werden.

Man wird uns einwenden können, wozu der viele Lärm. Es handelt sich bloß um das Etatsjahr. Nachher sollen die Matrikularbeiträge wieder vermindert werden, indem die Kosten der Militärvorlage durch eigene Einnahmen des Reiches gedeckt werden sollen.

Das ist wohl möglich, aber keineswegs sicher. Kann sich, was leicht der Fall sein kann, der Reichstag über die Steuervorlagen der Regierung nicht einigen, so bleibt es auf Grund des § 70 der Reichsverfassung bei der Deckung der Mehrauslagen durch die Matrikularbeiträge. Deshalb muß mit aller Energie auf Klarheit der finanzpolitischen Situation gedrungen werden, deshalb muß der Reichskanzler und der Staatssekretär des Schatzamts gezwungen werden, die Steuervorlagen dem Reichstage noch in dieser Session vorzulegen, und deshalb sollte der Reichstag die Militärvorlage erst annehmen, wenn die Deckungsfrage ihre Erledigung gefunden hat, was aber nach dem Ausfall der ersten Lesung der Militärvorlage, namentlich durch die Haltung der Antisemiten und freisinnigen Vereinigung, nicht zu erwarten ist. Die Militärvorlage wird angenommen werden, ohne daß in der Deckungsfrage Garantien gegeben worden sind.

18]

Allerhand Proletarier.

Von A. Otto-Walster.

[Nachdruck verboten.]

Der verhängnisvolle Montag Morgen ist im Anbrechen. Frau Häusler ist schon wach und schürt das Feuer. Auf einem hölzernen „Tritt" steht der Arbeitstisch des alten Schuhmachermeisters, ein Oeltämpchen brennt darauf. Meister Häusler arbeitet schon wieder; der Sohn soll noch den Schlummer genießen, denn seine Konstitution ist schwach, und Schlaf ist das beste, das wohlfeilste Stärkungsmittel. Um den alten Mann ists nicht mehr schade. Das klopft und hämmert von früh bis spät, vom Montag bis in den Sonntag, vom Frühling bis in den Winter. Was verdient wird, geht auf in den Kindern, von denen die Jungen womöglich Vaterlandsverteidiger und die Mädchen im besten Falle dienende Wesen für höhere Geschöpfe werden. Viel Unterhaltung und Zerstreuung braucht der Alte nicht, er hat ja Sorgen genug und damit Stoff zum Nachdenken, wie die Steuern und das Schulgeld herauszuwürgen sind, und die Miete, da aller Verdienst schon für Nahrung und Kleidung von 8 Personen in Anspruch genommen ist. Die Steuern werden wohl etwas höher nächstens ausfallen wegen der notwendig gewordenen Friedenspräsenzstärke des herrischen Kriegsheeres und deren natürliche Folgen; die Väter der Stadt wollen auch einige patriotische Denkmäler setzen. Die Miete ist gesteigert worden, da werden auch mehr Mietzinsgroschen fällig. Das alles mußt Du wohl bedenken, Meister Häusler, und Deine Kraft nimmt ab. Jetzt hilft Dir wohl der Sohn, aber wenn er 20 Jahre alt ist, mußer das Vaterland verteidigen lernen, Wache stehen, exerzieren, Manöver und Parade machen, wenn zur Festigung des ewigen Weltfriedens ein fremder Herrscher zum Besuch kommt. Klopf' zu, Meister Häusler, das viele Nachsinnen ist schuld, daß manchmal ein paar Minuten Dein Arm aus der Arbeit kommt, bei der doch jede Minute berechnet werden muß.

„Guten Morgen, Meister Häusler, guten Morgen, Meisterin," ruft jetzt der Schreiber, indem er nach kräftigem Anklopfen in die Stube getreten. „Sie können mir für zwei Mann Kaffee kochen, Frau Häusler. Meister, Ihr werdet wissen, daß am Sonnabend hier auf der Straße arme Leute aufs Straßen-Pflaster gesetzt wurden."

„Ach ja, die armen Gehrhardts; ach, ich habe die ganze Nacht nicht schlafen können, immer dacht' ich, wenns uns nun einmal so ginge mit unseren armen Kindern, wir wären doch reine verloren. Beeile Dich nur, lieber Mann, daß ich die Schuhe gleich einfassen kann, wenn die Kinder zur Schule fort sind."

„Bei dieser Gelegenheit," fuhr der Schreiber fort, „kam es zu einem heftigen Konflikt mit der so brutal verfahrenden Polizei."

„O, Polizei," murrte der Meister heftiger zuklopfend, denn er erinnerte sich des einzigen Konflikts, den er einmal gehabt und der ihm 2 Jahre Sorge bereitet hatte.

„Ein junger Mann, der sich edelmütig der Armen annahm, mußte aus Notwehr in Gefahr des Lebens einen Schutzmann niederschlagen. . . ."

„Ja, das habe ich gesehen; der Herr war vollkommen in seinem Rechte," rief die Frau.

„Schweig, Frau; wie kannst Du sagen gegen die Polizei im Rechte!"

„Warum soll die Frau es nicht sagen? es war so, und ich bin froh, zu wissen, daß Sie es auch gesehen, da haben wir einen Zeugen mehr."

„Um Gotteswillen, nur keine Zeugenschaft, die Lauserei, die Zeitversäumnis."

„Ja, es ist schlimm, daß das Recht unterdrückt wird wegen der herrschenden Abneigung gegen alle Zeugenschaft. Wenn Sie nun Zeugen brauchen?"

„Es mag kommen, wie es will, ich werde bezeugen, was ich gesehen habe, auf Ehre und Gewissen", erklärte die Frau.

„Brav, Frau Häusler, brav, die Folgen werde ich verantworten; aber, um wieder auf die Sache zu kommen, der junge Mann hat sich in dieses Haus geflüchtet."

„So hieß es, wir hatten am Sonnabend Haussuchung, er war aber nicht zu finden."

„Die Haussuchung wird wahrscheinlich heute auf Verfügung der Staatsanwaltschaft noch einmal wiederholt werden. Deswegen, Meister Häusler, wolle ich Euch um den Schlüssel zu dem abgesonderten Kellerraum bitten.

„Nicht um alles in der Welt. Sie wollen doch nicht?"

„Ich will werde und muß den Flüchtling jetzt gleich dort verbergen. Nicht wahr, Frau Häusler?"

„Ja, das ist Nächstenliebe; Mann, warum willst Du den Schlüssel nicht geben, bedenke doch . ."

„Frau, die Verantwortung!"

„Die Verantwortung übernehme ich; ich werde, wenn es überhaupt herauskommen sollte, erklären, daß Sie mir den Schlüssel gegeben, weil ich Kartoffeln hineinlegen wollte."

„Und ich kann ihn doch nicht geben."

„Aber warum denn nicht?"

„Weil . . . weil es auch der Separatkeller vom Hauswirt ist"

„Und was thut das zur Sache? Der Kellerraum gehört doch zu Ihrem Logis?"

„Ich benütze ihn aber nicht mehr."

„Das ist Ihre Sache, aber Sie haben doch das Recht?"

„Das Recht habe ich, ja, ich habe es."

„Nun also?"

„Es geht aber trotzdem nicht."

„Und warum?"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262189307 12-10/fragment/page=0001

Politische Rundschau.

Die bayerischen Reichstagsabgeordneten sind den Landtagswahlen wegen nach Hause gereist. Man kann mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß von denselben viele zur zweiten Beratung der Militärvorlage nicht nach Berlin zurückkehren werden und so die Vorlage mit einer ganz hübschen Mehrheit angenommen werden wird.

Von der feierlichen Reichstagseröffnung entwirft die „Berliner Ztg." ein treffendes Bild, daß wir uns nicht enthalten können, dasselbe noch nachträglich zur Kenntnis unserer Leser zu bringen. Das Blatt schreibt:

„Bei der Reichstagseröffnung boten die „geehrten Herren" wieder ein recht buntscheckiges Bild, so daß Anton v. Werner, wenn er die Aufgabe hätte, auch diese Haupt- und Staatsaktion auf Leinwand zu verewigen, seine Freude gehabt hätte. Da sah man die knallroten Röcke der Landbündler, die goldbesetzten Schniepel und Dreimatzer der Beamten und Husarenjacken in jeder Kouleur. Herr v. Levetzow hatte es sich natürlich nicht nehmen lassen, wieder als Landwehrmajor anzutreten und Herr Dr. Diedrich Hahn kam als Leutnant. Einer der Reichsboten war sogar als Malteserritter angezogen, und wer nicht wußte, daß unter dem weißen Kreuz das Herz eines militärfrommen Polen schlug, mochte befürchten, daß dieser Ordensbruder des Marquis Posa die Thronrede plötzlich durch einen Ruf nach Gedankenfreiheit unterbrechen könnte. Herr Alexander Meyer, der es noch immer nicht zu einer Uniform gebracht hat und der auch aus begreiflichen Gründen seinen Zeitgenossen den Genuß versagt, ihn in Wadelstrümpfen bewundern zu können, hatte sich wenigstens die güldene Kette des Stadtverordneten umgehängt."

Wenn ein aktiver Offizier bei der Reichstagseröffnung und im Reichstage selbst in Uniform erscheint, so mag das hingehen und mit des Landes Sitte entschuldigt werden; in England, wo der Offizier die Uniform vernünftigerweise nur im Dienst trägt, wäre dies undenkbar. Daß aber ernste Männer, die höchsten Vertreter der Nation, sich um der größeren Feierlichkeit willen in bunte Jacken und in Kostüme stecken, wie man sie sonst nur auf der Bühne und im Cirkus zu sehen bekommt, sich mit Ketten und, Gott weiß was, behängen, das ist ein trauriges Zeichen für unser Kulturniveau und berechtigt vollauf den Spott, den wir uns dadurch im Lande zuziehen.

„Seltsame" Begründung. Die „Magdeburger Ztg." berichtet unterm 9. Juli aus Pest: „Zu einer heute in Oedenburg stattfindenden liberalen Volksversammlung war auch das Erscheinen des österreichischen Abgeordneten Kronawetter angesagt worden, der dort eine Rede halten wollte. Die Polizei verbot indes Kronawetter die Abhaltung seiner Rede mit der jedenfalls seltsamen Begründung, öffentliche Reden in Ungarn dürften nur von ungarischen Staatsbürgern gehalten werden." „Seltsam" nennt die „M. Z." die Begründung. In Deutschland aber, speziell in Sachsen, hat das Blatt solche „Begründungen" stets natürlich gesunden.

Einem längeren Auszuge der „Frankf. Ztg." aus dem **Berichte der Gewerbeinspektoren in Oesterreich** für das Jahr 1892 entnehmen wir folgende Stellen:

Nachdrücklichst wird der berechtigte Wunsch ausgesprochen, daß die von den Arbeitern gewählten Sprecher von den Unternehmern nicht grundsätzlich als Hetzer, Aufwiegler 2c. betrachtet und behandelt werden mögen. Vollinhaltlich zustimmend mag eine auf diesen Gegenstand bezügliche Stelle eines Einzelberichtes hier wortgetreu angeführt und den Arbeitgebern wärmstens zur Beachtung empfohlen werden.

„Ich muß es entschieden tadeln, wenn solche Vertreter der Arbeiter bei den Unterhandlungen persönlichen Angriffen ausgesetzt sind und halte es für ein großes Unrecht, wenn diese Arbeiter später gemaßregelt und in ihrer Existenz geschädigt werden. Es ist dann nicht zu verwundern, wenn solche Vertreter der Arbeiter schon mit einer gewissen Verbitterung in die Verhandlungen, die doch des Friedens stiftend wegen abgehalten werden, eintreten, was die Erreichung des erhofften Erfolges gewiß nur erschwert. Ich bin überzeugt, daß manche Unterhandlung dieser Art für beide Teile befriedigender ausfallen müßte, wenn die Vertreter der Arbeiter eine gewisse Immunität besäßen und nicht im Vorhinein schon befürchten müßten, daß sie — weil sie als Vertrauensmänner gewählt werden — bereits gekennzeichnet erscheinen, und dann nicht mehr jene Ruhe und Ueberlegung besitzen, wie sie im entgegengesetzten Falle hätten. Sie betrachten sich oft schon im Vorhinein als Opfer des bösen Willens der Gewerbeunternehmer, was gewiß nicht zur Förderung des guten Einvernehmens zwischen den Parteien beitragt."

In deutschen Fabrikinspektorenberichten dürfte man, mit sehr wenigen Ausnahmen, nach solchen verständigen Worten vergeblich suchen.

Dr. Vittorelli, Fabrikinspektor in Linz, beklagt mit Recht, daß nach § 6 des deutschen Unfallversicherungsgesetzes die Hinterbliebenen eines ausländischen Verunglückten, welche zur Zeit des Unfalls außerhalb der Grenzen Deutschlands ihren Wohnsitz haben, auf eine Rente keinen Anspruch haben, während in Oesterreich im gleichen Gesetze ein Unterschied zwischen In- und Ausländern nicht besteht. Es wird ausgeführt, daß, ganz abgesehen von der Härte dieser im Geiste des Unfallversicherungswesens nicht gelegenen Bestimmung, sie nicht einmal im Interesse des betreffenden Landes sei. Sie zwinge die Familie des Arbeiters, ihre Heimat zu verlassen und ihm ins Ausland nachzuziehen, wenn sie nicht der Wohlthat der Versicherung gegen Unfälle verlustig gehen will. Verunglückt nun der Ernährer, so ist die der Witwe zufallende Rente nicht hinreichend und letztere fällt, zumal wenn mehrere Kinder vorhanden sind, nach harten Entbehrungen doch schließlich der öffentlichen Wohlthätigkeit zur Last. Wie ganz anders würden sich die Verhältnisse gestaltet haben, wenn die Familie ihre Hauptgemeinde nie verlassen hätte, wo Verwandte und Freunde, ja die Gemeinde selbst dafür Sorge getragen hätten, daß die Witwe und die Waisen sich leidlich gut fortbringen. Die Unbilligkeit der fraglichen Bestimmung unseres deutschen Unfallversicherungsgesetzes sei in einem konkreten Falle recht drastisch hervorgetreten. Ein Maurergehilfe aus Oberösterreich begab sich mit Zurücklassung seiner Familie nach Bayern, wo er bei einem Hausbau Arbeit fand. Eines Tages stürzte der Bau ein und begrub den österreichischen Maurer. Alle Bemühungen seiner Familie, eine entsprechende Rente zu erhalten, scheiterten an der erwähnten Bestimmung. Gleichzeitig aber wurde amtlich erhoben, daß die Unfallversicherungs-Anstalt in Salzburg den Hinterbliebenen eines in Oesterreich verunglückten bayerischen Arbeiters, obzleich dieselben stets in Bayern domizilierten, die gesetzliche Rente regelmäßig nach Bayern sendet. Diese Mitteilung verdient die eingehendste Würdigung und ist geeignet, die Notwendigkeit einer Aenderung des § 6 des deutschen Unfallversicherungsgesetzes nach dem Vorbilde Oesterreichs an einem drastischen Beispiele zu demonstrieren.

Zu den Vorgängen in St. Imier und Bern erläßt das sozialdemokratische Parteikomitee in der Schweiz eine längere Erklärung, der wir folgende, den Standpunkt der Sozialdemokratie klar und deutlich kennzeichnende Stellen entnehmen:

„Die Sozialdemokratie, mit denen die Sozialdemokratie gekämpft hat und noch kämpft, und, wie jedermann wissen kann, Organisation und Aufklärung. Es unterliegt für uns keinem Zweifel — und die Erfahrungen, welche bei Dutzenden anderer Arbeiterrevolten im In- und Auslande gemacht worden sind, sprechen dafür —, daß nicht sozialdemokratisch gesinnte Arbeiter die Revolten eingeleitet haben und das sozialdemokratische Element am allerwenigsten oder garnicht dabei beteiligt gewesen ist. Denn der Sozialdemokrat weiß, daß die weitaus größere Summe von physischer Gewalt heute rech auf seiten unserer Gegner liegt und die Waffen des Geistes die einzigen sind, mit denen die Gegner wirksam bekämpft werden können.

„Die Sozialdemokratie mißbilligt die Revolten verzweifelter Arbeiter, weil derartige Mittel erfahrungsgemäß nicht zum gewünschten Ziele führen und weil es für die Arbeiter wirksamere und edlere Kampfmittel giebt; aber sie verdammt die revoltierenden Arbeiter nicht, weil ihr Vorgehen aus den thatsächlichen Verhältnissen leicht zu erklären und zu entschuldigen ist. Kein human denkender, ehrlicher Mensch kann solche Arbeiter verdammen!

„Die Revolte verzweifelter Arbeiter ist jedenfalls tausendfach eher zu rechtfertigen, als der Krawall ökonomisch nicht gedrückter Studenten, die in jugendlichem Uebermut die öffentliche Ordnung stören (wie jüngst in Paris), oder der Putsch wohlgenährter Bourgeois, die die Stelle ihrer politischen Gegner die grünen Sessel besetzen wollen (à la Tessiner Liberale) . . . .

„Der Kapitalismus verursacht durch die Planlosigkeit der Produktion und die Konzentration (Vereinigung) der Arbeitsmittel in den Händen weniger die Arbeitslosigkeit und die Notlage der Tausende, deren Besitz einzig in ihrer Arbeitskraft besteht. Der Kapitalismus ist somit verantwortlich für die Folgen der Arbeitslosigkeit und des Hungers!

„Der Kapitalismus erläßt durch seine Vertreter in den gesetzgebenden Räten sehr oft Gesetze, die vorzugsweise zu gunsten der Großen und Mächtigen und zum Schaden der Kleinen und Schwachen sind; er läßt die wenigen Gesetzesbestimmungen, welche den Besitzlosen günstig sind, in der Regel am schlechtesten handhaben. Der Kapitalismus untergräbt deshalb selber die Richtung vor seinen eigenen Gesetzen; also treffen ihn auch die Folgen eines solchen Zustandes!

„Der Kapitalismus lehrt, daß weniger die gesellschaftlichen Zustände, als vielmehr persönliche Fehler und Leidenschaften die Notlage der meisten Menschen verschulden. Es ist somit nur die Konsequenz dieser kapitalistischen Moral, welche dem Volke von Jugend auf beigebracht worden ist, wenn wenig gebildete Arbeiter in gerechter Erbitterung über ihre drückende Knechtschaft, statt (wie die Sozialdemokratie) gegen das ganze kapitalistische System hauptsächlich gegen einzelne Kapitalisten und Arbeitsherren persönlich ankämpfen.

„Der Kapitalismus, obschon für sich durchaus international, verabscheut die Internationalität der Arbeiter, schürt mit allen Mitteln den Völkerhaß und erzieht die Völker zum Massenmord. Roheit, ja sogar Rechtsbruch ist nach kapitalistischer Moral erlaubt, sofern sie Profit abwirft. Es ist daher nur eine Wirkung kapitalistischer Lehren, wenn hungernde Arbeiter ihre fremden Konkurrenten mit Gewalt zu vertreiben suchen. Sie handeln dabei jedenfalls tausendfach weniger unsittlich als diejenigen Kapitalisten, welche durch die Zertrümmerung tausender beschiedener Existenzen ihre Reichtümer vermehren!

„Der Kapitalismus hemmt die Aufklärung und die Organisation der Arbeiter; er beeinträchtigt sie durch Verletzung der Vereins- und Redefreiheit seitens brutaler Unternehmer, in den gesetzlichen Bestrebungen für Hebung und Befreiung ihrer Klasse. Der Kapitalismus trägt daher die volle Verantwortlichkeit für Unwissenheit und Ungesetzlichkeit der Arbeiter!" . . . .

Die Spielhöhlen von Monaco werden von Jahr zu Jahr besser besucht, trotz der tausende von Selbstmorden, die infolge der verlorenen Vermögen zu verzeichnen sind. Jetzt verlassen aber die Fremden das Fürstentum Monaco in großen Scharen. Was hat diese plötzliche Wandlung veranlaßt? — Die Cholera! die nach einer soeben eingetroffenen Meldung dort ausgebrochen ist. Wir wissen noch von der Hamburger Epidemie, wie dort die kniefschlotternden Geldprotzen vor der Cholera Fersengeld geben.

— Die Nachwahl für den doppelt gewählten Reichstagsabgeordneten Ahlwardt ist in Neustettin auf den 18. Juli angesetzt.

— Die Nachwahl im Kreise Bingen findet am 22. Juli statt.

Berlin, 10. Juli. Der „Reichsanzeiger" publiziert die Ernennung des Direktors im Reichsamte des Innern Nieberding zum Staatssekretär des Reichsjustizamtes und zum Wirklichen Geheimen Rat mit dem Titel Exzellenz.

Ems. Das hiesige Blei- und Silberbergwerk hat, nach der „Voss. Ztg.", 200 Arbeitern gekündigt, da infolge des niedrigen Standes des Silberpreises eine Betriebseinschränkung nötig geworden ist.

Königsberg, 8. Juli. Die Hörer der königl. Augenklinik haben den Besuch eingestellt, weil sie durch Prof. Dr. Kuhnt nicht höflich genug behandelt worden seien.

Wien, 10. Juli. Die „Neue Freie Presse" erklärt die Meldung, die Regierung beabsichtige die Einbringung einer Gesetzesvorlage, betreffend die Interessenvertretung der Arbeiter durch Arbeiterkammern mit dem Recht der Wahl in den Reichsrat, in keiner Weise den Thatsachen entsprechend.

Paris, 10. Juli. Die Heeres-Kommission des Senats nahm das Kadresgesetz an, und ernannte General Grevy zum Berichterstatter.

Paris, 10. Juli. Der Munizipalrat nahm eine Tagesordnung an, worin die Pariser Bevölkerung aufgefordert wird, sich der Teilnahme an den Festlichkeiten am 14. Juli zu enthalten.

Chicago, 8. Juli. Der internationale Ingenieur-Kongreß findet in der ersten Woche des August statt.

Soziale Uebersicht.

— **Wo bleiben die Arbeiter?** In bürgerlichen Blättern ist zu lesen:

Haltern (Münsterland), 9. Juli. Nicht viele Städte unseres Deutschen Reiches wird es geben, in denen die Bürger nicht allein keine Kommunalsteuer zahlen, sondern sogar alljährlich von der Steuerkasse sich Geld holen können. So können sich vierhundert Bürgerfamilien in diesem Jahre wieder 14000 M. teilen. Diese rühren von den Holzverkäufen her, welche die Stadtverwaltung alljährlich in den umfangreichen städtischen Waldungen vornehmen läßt.

Solch gutsituierte Gemeinden sind allerdings selten. Aber ebenso wie dort, wo Steuern zu bezahlen sind, die Nichtbesitzenden, die Arbeiter, am schlechtesten wegkommen, weil sie verhältnismäßig stets die meisten Steuern aufbringen müssen, so kommen sie auch in dem gutsituierten Haltern am schlechtesten weg, weil an den Vorteilen nur die Bürger partizipieren.

— **Auch ein Gegenwartsbild.** Der „Speyerer Ztg." wird aus Wörth folgendes erschreckendes Bild des Elends und der Armut berichtet: „Dem verheirateten Georg König, Vater von 5 Kindern, war es bei dem letzten Mietwechsel nicht möglich, ein Wohnzimmer für seine Familie zu bekommen Arm und dazu noch krank und halb arbeitsunfähig, war es auf legte man der Hexe eine Kette um den Hals, führte sie in eine Grube, begoß sie daselbst ebenfalls wieder tüchtig mit Wasser und alsdann wollte man sie in der Grube, im Schlamme, an einem Pfahl festbinden, als der geistliche erschien und die gedrängtste Frau durch Ermahnungen aus den Händen der blinden Menge retitete. Der Dorfschulze aber, P. Dutmenko, hatte bei der ganzen Hexenexekution mit Hand angelegt. Gestern hatte er sich wegen Mißhandlung der Frau und wegen Anreizung der Menge zu ihrem abergläubigen Unternehmen vor der Gerichtspalate zu verantworten, welche ihn zu 2 Monaten Gefängnis verurteilte.

Eine grausame Gerichtsszene im Tierreiche läßt sich die Spezialität für Tiergeschichten, die „Kgsb. Allg. Ztg.", wie folgt berichten: Bei dem Grundbesitzer Opehlischken hatte in vergangener Woche ein Spatz von einem leerstehenden Schwalbennest Besitz ergriffen, um sich darin mit seinem Weibchen häuslich niederzulassen. Kaum hatte er am andern Tage mit der Ausstattung des Baues begonnen, als ein Schwalbenpärchen, dem eine Katze das Heim zerstört hatte, gleichfalls hier den Einzug halten wollte. Es wurde aber von den stärkeren Spatzen zurückgeschlagen, und alle Versuche einer Zahl von ca. zehn hilfsbereiten Schwalben, ihn hinauszubringen, mißlangen. Letztere zogen sich scheinbar beruhigt zurück, doch bald kamen sie wieder, und während zwei, ihre Angriffe wiederholend, den Spatzen im Neste festhielten, trugen die anderen schnellstens das übliche Baumaterial herbei; in wenigen Augenblicken war die Oeffnung zugemauert und der Eindringling gefangen. Als man bald nach dem Abzuge der Schwalben das Nest öffnete, wurde der Sperling erstickt vorgefunden und herausgenommen, worauf die Schwalben, als wäre nichts gewesen, von dem Bau Besitz nahmen. Diese Tiergerichte finden bekanntlich schon seit vielen Jahren während der heißesten Sommermonate statt.

Heiteres.

Bei Gericht. Richter: „Ihr habt dem Rodelbauer ein Pferd verkauft und seid für alle Fehler gutgestanden. Nun aber hat sich's herausgestellt, daß das Pferd taub ist." — Angeklagter: Das ist ka Fehler, Herr Richter, sondern bloß a Unglück fürs Pferd."

Die gute alte Zeit. Sie: „O wie schnell heute! Und kein Regen in Aussicht!" — Er: „Ja, ja! Das war zur Zeit, als noch die weißen Hosen modern waren, viel besser! Da brauchte man mit einem solchen Kleidungsstück nur einen kleinen Ausflug zu machen — und der Regen war da!"

„Es könnte etwas wegkommen und da fiele der Verdacht auf mich."

„I dummes Zeug, was soll denn wegkommen?"

„Ich weiß etwas, ich weiß etwas."

„Da weißt etwas über den Keller und ich weiß es nicht?" rief die Frau erbittert.

„Es giebt Dinge, die man am besten niemandem sagt."

„Nun, Meister, ich weiß es aber auch. Der Schnober gräbt dort seine Kassette mit den Wertpapieren ein."

„Und das wissen Sie auch?"

„Weiß ich auch, und somit erledigt sich Ihre Befürchtung ganz und gar."

„Ich habe seit dem Abende, wo ich es bemerkt, den Kellerraum nicht mehr betreten. Ich hatte mich beim Herabgehen so heftig an den Kopf gestoßen, daß ich halb bewußtlos da lag und meine Lampe war mir auch entfallen und verlöscht. Da kommt Herr Schnober, ohne mich zu bemerken, und ich höre wie er murmelt: der Keller brennt nicht mit ab, hier ist alles gesichert. Damit fängt er an zu graben und vergräbt eine Kassette."

„Nun ja, Meister, haltet Ihr mich eines Diebstahls für fähig, ja oder nein?"

„Ich halte Sie nicht für fähig, gewiß nicht: Sie werden so etwas nie thun."

„Und ebenso sicher verbürge ich mich für meinen Schützling. Also machen Sie weiter keine Umstände und geben Sie mir den Schlüssel. Ist das eine Ehrlichkeit in der Welt! Hier ist ein alter, ewig geplagter Mann, der nicht einmal die Zeit erübrigen kann, in die Kirche zu gehen, und wahrscheinlich auch schon längst keinen passenden Rock mehr dazu hat, und ist nicht bloß ehrlich genug, die verscharrten Reichtümer seines tyrannischen Hauswirts zu respektieren, nein, er bewacht sie ihm förmlich noch. Und die offiziellen Kirchenläufer beschwindeln oft ihre Mitmenschen noch Noten oder bestehen sie wenigstens nach Noten aus. Ich will nicht gerade sagen alle, denn viele ältere und jüngere Angehörige des weiblichen Geschlechts, sowie manche Arme am Geiste des männlichen treibt es in die Kirche, da sie sonst nicht wissen, wohin sie mit ihren Gefühlen sich wenden sollen."

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Ein russisches Kulturbild. Die Odessaer Ztg. schreibt unterm 16. Juni: Bekanntlich herrschte im Jahre 1891 in unserer Gegend eine schreckliche Dürre, durch welche die Saatfelder völlig zu grunde gingen. Um von dem Himmel Regen zu erflehen, ließen die Bauern des Dorfes Nowo Wladimirowka in Bessarabien am 21. Mai durch ihren Geistlichen auf dem Kirchhofe ein öffentliches Bußgebet unter freiem Himmel abhalten. Alle waren der festen Hoffnung, daß Gott sich ihrer Not erbarmen und einen erquickenden Regen auf die lechzenden Felder herabsenden werde; aber der Himmel blieb wie zuvor verschlossen. Man mußte also zu einem energischeren Mittel greifen, um den Regen zu erzwingen. Unter der bäuerlichen Bevölkerung in dieser Gegend herrscht der Aberglaube, daß man Regen erzwingen könne, wenn man nämlich eine Hexe öffentlich im Wasser badete, denn die Hexen halten den Regen durch ihre Zauberkünste von der Gegend ab. Die Gelegenheit zur Ausführung dieses Vorhabens ließ nicht lange auf sich warten. Während Abhaltung des Bußgebets auf dem Friedhofe kam ein altes Mütterlein, Alexandra Laguschtschenkowa, dahergewankt und als sie die Versammlung auf dem Kirchhofe gewahrte, kam sie hinzu, um ihr Gebet zu verrichten. Wie alle gläubigen Christen ließ sie sich vom Geistlichen den Segen erteilen und bückte sich darauf nieder, um das heil. Kreuz zu küssen. In demselben Moment schrie aber etwas mit einer abscheulichen katzenjämmerlichen Stimme unter dem Tuche des Mütterchens „Miau!" (den Laut hatte nämlich ein Kätzchen ausgestoßen, das die alte Frau vom nächsten Dorfe gebracht und unter ihrem Tuche verborgen hatte). Was war das?! Die ganze Gemeinde war erschreckt. „Das alte Weib, so sagte einer dem anderen, habe den leibhaftigen Gottseibeiuns im Leibe, der der Anblick des Kreuzes nicht habe vertragen können und deshalb laut aufgeschrieen habe; die Alte ist eine Hexe; das stand jetzt fest. Sie trägt auch die Schuld an der großen Dürre!" Sofort wurde das Mütterchen von ein paar kräftigen Armen an den Haaren erfaßt und nach dem nächsten Teich gezerrt, wo sie dreimal ins Wasser untergetaucht wurde. Hier-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262189307 12-10/fragment/page=0002

genötigt, 14 Tage in einem offenen Hause zu wohnen. Als man ihn daselbst nicht mehr duldete, zog er mit seiner Frau und den 5 kleinen Kindern in den nahen Bienwald, baute sich eine Hütte aus Reisern und wohnt daselbst bereits 14 Tage. Bei dem jüngst nach's ausgebrochenen Gewitter mit starkem Regen wäre er fast ertrunken. Naß, triefend von Regen und heulend kamen Frau und Kinder in dem Dorfe an." Die Beredtsamkeit solcher Zustände würde durch jedes Wort des Kommentars abgeschwächt.

Deutscher Reichstag.

4. Sitzung vom 8. Juli, 11 Uhr.

(Schluß.)

Abg. Dr. Bödel (Reformp.): Unsere Stellungnahme zu der Vorlage ist abhängig von der Deckungsfrage. Wir können für die Vorlage ohne Garantien bezüglich der letzteren nicht stimmen. Ich erkenne an, daß die Erklärung des Reichskanzlers einiges Entgegenkommen zeigt, aber wir können uns damit nicht voll und ganz zufrieden erklären. Wir müssen hier weitergehende Garantien fordern, ehe wir mit Rücksicht auf die unseren Wählern gegebenen Versprechungen zu der Vorlage Stellung im bejahenden Sinne nehmen können. Ich hoffe, der Reichskanzler wird heute bestimmte Erklärungen darüber abgeben, welche Steuern außer der Börsensteuer in Aussicht genommen sind. Wir wollen insbesondere keine die Massen belastenden Konsumsteuern, wir wollen keine Erhöhung der Reichsschulden, die schon die Höhe von 2 Milliarden erreicht haben. Wir müssen ferner vor der Erhöhung der Matrikularbeiträge warnen. Einer solchen könnten wir unter keinen Umständen zustimmen. Wir wünschen die Deckung durch eine erhöhte Börsensteuer, eine Emissionssteuer, hohe Luxussteuern, eine Wehrsteuer und eine progressive Reichseinkommensteuer. Namentlich den Gedanken an die letztere müssen wir ernstlich ins Auge fassen. Sonst kommen wir nie dazu, bestehende ungerechte Steuern abzuschaffen. Ich erinnere nur an den Kaffeezoll. Auf der anderen Seite müssen wir dadurch dem Ueberwuchern des Kapitalismus entgegentreten. Ferner möchte ich dem Reichskanzler einige Wünsche vortragen. Die Militärverwaltung müßte direkt von den Produzenten kaufen, es müßte auch kleinen Städten Garnisonen geben. Schließlich habe ich noch den lebhaften Wunsch, selbst wenn ich der Vorlage zustimmen sollte, daß es die letzte sein möchte! (Heiterkeit.) Ich hoffe, daß das geschehen kann. Unverständlich ist es mir auch, weshalb die Regierung mit Rußland, das wir doch als einen Feind betrachten müssen, einen Handelsvertrag schließen will. Mit Feinden schließt man doch keine Handelsverträge. Ich erbitte mir auch darüber eine Antwort.

Reichskanzler Graf Caprivi: Bezüglich der Deckungsfrage habe ich alles gesagt, was sich darüber sagen läßt. Der Vorredner will die Reichen besteuert sehen. Ich auch. Aber was ist reich? Könnten wir dabei nicht in Differenzen kommen? Ueber das Schuldenmachen denke ich wie der Vorredner. Ich gehe sogar weiter und halte es für erstrebenswert, die bestehenden Schulden zu amortisieren. Ich kann den Vorredner nur bezüglich der Deckungsfrage von neuem bitten, uns Vertrauen zu schenken.

Abg. Richter (freis. Volksp.): Ich halte die Militärvorlage nach wie vor für militärisch und finanziell nicht gerechtfertigt. Die Parteien, die Erfolge bei den Wahlen gehabt, suchen sich natürlich damit zu brüsten. Aber die Nationalliberalen sind doch noch nie selbstständig, sondern nur auf den Drücken der Regierung in den Reichstag gekommen. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Unsere Verluste sind doch daraus erklärlich, daß wir wie keine andere Partei den Krieg nach zwei Fronten zu führen hatten. Wir sind vielleicht in unserer Opposition gegen die Vorlage noch nicht entschieden genug gewesen. Deshalb haben wir eine Reihe von Mandaten an die Sozialdemokraten verloren. (Sehr richtig! links.) Wir haben es ferner verschmäht, Sonderinteressen zu vertreten. Einen Teil ihrer Mandate verdanken die Nationalliberalen überhaupt nur der Furcht vor unserem Siege. Wie können sie sich nun in der Weise, wie es Herr v. Bennigsen getan, auf das hohe Pferd setzen? Sie sollten doch daran denken, daß wieder Wahlen kommen, wo sie Mandate wieder abgeben. Im parlamentarischen Leben, sage ich immer, ist nur der verloren, der sich selbst verloren giebt. Wir thun letzteres nicht. Wenn wir so oft negativ stimmen mußten, so beweist das nur, daß Vieles in unserer Politik falsch und verfehlt ist. Herr v. Bennigsen ist daran nicht ohne Schuld wegen seines weitgehenden Entgegenkommens gegen die Regierung. Warum kommt übrigens die Regierung nicht mit einer Wahlstatistik heraus? Sie würde ergeben, daß mehrere hunderttausend Stimmen mehr gegen als für die Vorlage abgegeben worden sind. Wäre nicht die Wahlkreiseinteilung eine so verkehrte, so wäre auch eine entsprechende Zahl von Mandaten herausgekommen. In der Mehrzahl der hinterlegten Wahlkreise ist ja schon heute die Zahl der Gegner größer gewesen als die der Freunde. Daß jene nicht das Uebergewicht erhielten bei den Stichwahlen, das liegt vielfach mit an der Agitation des Bundes der Landwirte, der nichts ist als ein Bund der Konträre (Widerspruch rechts), dessen Agitation ist an Stelle der früheren amtlichen Wahlbeeinflussungen getreten. Und was für einen wirzigen Erfolg haben Sie erzielt! Herr Böckel ist das Jünglein an der Wage geworden. Das ist der Triumph der Staatskunst des Herrn Reichskanzlers. (Heiterkeit links.) Ich kann es Herrn Böckel nun nicht verdenken, daß er die Situation ausnutzt, denn sie kommt nicht wieder. (Lachen.) Der Hinweis auf die Unruhe und Unsicherheit im Anschluß an die Militärvorlage ist nichts als der Ruf nach der Kirchtodtruhe des Absolutismus. Nicht die Auflösung hat übrigens die Unruhe hervorgerufen, sondern die Drohungen mit erneuter Auflösung, mit der Revolution von oben. (Lebhafter Beifall links.) Während den Beratungen der Vorlage ist in der Politik Alles ruhig gewesen. Nun kommen den Anhängern der Vorlage die Studentenunruhen in Paris zu gute, nun heißt es mit einem Male, wir müssen unser Heer verstärken. Meines Erachtens wird durch die inneren Verhältnisse in Frankreich nur die Bündnißfähigkeit Frankreichs herabgemindert. Um so weniger haben wir Frankreich aber zu fürchten, dem allein wir nach Erklärungen des Generals von Berdy vollkommen gewachsen sind. Weshalb erwähnt man aber nicht die friedlichen Erklärungen des Grafen Kalnoky über Oesterreichs Verhältnis zu Rußland? Weit sie gegen die Vorlage ins Gewicht fallen müssen. Ich bin auch heute noch der Meinung, daß sich ohne Auflösung im letzten Reichstage für die Vorschläge des Herrn v. Bennigsen eine Mehrheit gefunden hätte, wenn die Regierung sie rechtzeitig verfaßt hätte, dann hätten wir nicht von neuem kulturelle Aufgaben des Staates auf Jahre hinaus zurückstellen müssen. Auch die zweijährige Dienstzeit ist ein kulturveller Fortschritt, den wir immer gefordert haben. Aber wie haben wir thun geforderi? Als eine Entlastung, nicht Hand in Hand mit neuen Belastungen. Weshalb kommt man nun nicht wenigstens sogleich mit den Steuervorlagen? Man will sie dem Volke erst zeigen, wenn die Militärvorlage angenommen ist. Das Programm des Reichskanzlers war ein rein negatives bis auf die Börsensteuer. Die Börsenleute haben viel Geld gegeben, damit gute Wahlen zu stande kämen. Nun sagt der Reichskanzler, so guten Leuten dürfe man noch mehr Steuern auferlegen. Im übrigen will der Reichskanzler nur die leistungsfähigen Schultern belasten. Was ist leistungsfähig? Das kann man doch nachher hinter, wie man will. Vor einigen Monaten wurden ja auch die Brauer für leistungsfähig erklärt. (Heiterkeit.) Die Landwirtschaft soll nicht belastet werden. Das ist eine runde Absage an diejenigen, die eine Deckung der Vorlage durch Aufhebung der Steuerprivilegien erhofft hatten. Ueber das Spiritusmonopol, das so lange in der Luft gelegen hat, hat sich übrigens der Reichskanzler garnicht ausgesprochen. Ueberaus bedenklich ist die Deckung durch Matrikularbeiträge. Ohne die Militärvorlage sind dieselben in diesem Jahre schon um 35 Millionen erhöht worden und in den Einzelstaaten sind die Personalsteuern auf das Höchste angespannt. Im übrigen fordert der Reichskanzler Vertrauen. In Geldsachen hört aber nach Herrn von Hansemann die Gemütlichkeit auf (Heiterkeit), ebenso natürlich in Steuerfragen. Herr von Manteuffel hat dieses Vertrauen schon kühl abgelehnt, freilich mit einer Verbeugung gegen Herrn Miquel. Der gefällt Ihnen, er ist nicht nur Ehrenmitglied der Konservativen, sondern auch der Agrarier. (Heiterkeit.) Aus Ihren Reihen hätten Sie den Mann nicht haben können, wie ihn hier die Nationalliberalen Ihnen cebieten, um Ihnen die Grund- und Gebäudesteuer zu bieten: selbst Fürst Bismarck hat doch gewiß kein Gegner der Agrarier war, hat daran Anstand genommen. — Man beruft sich nun auf das französische Kadresgesetz. Dieses erfordert aber im ganzen nur etwas über 6 Millionen und ist der organische Abschluß einer langjährigen Opposition. In Frankreich werden solche Gesetze übrigens nicht so schnell erledigt, wie man glauben macht. Freilich, in Frankreich hat man eine parlamentarische Regierung, die auf die Mehrheit Rücksicht nehmen muß, und es garnicht wagt, eine Vorlage einzubringen, die solchen Widerstand finden müßte. Deshalb wären auch Erklärungen, wie wir sie hier gehört haben, in Frankreich unmöglich. Kein Minister würde dort in erster Lesung sagen: Weitere Abstriche werden wir uns unter keinen Umständen gefallen lassen. Es würden auch nie die militärischen Interessen so in den Vordergrund gestellt werden. Deshalb muß der Reichstag hier fest bleiben. Die der Vorlage zustimmen, übernehmen eine große Verantwortlichkeit, und wenn wir dagegen stimmen, so sind wir uns bewußt, im Interesse des Vaterlandes zu handeln (Beifall links).

Abg. Dr. v. Jazdzewsky (Pole): Ich verzichte darauf, materiell auf die Vorlage einzugehen. Ich erkläre nur, daß wir für die Vorlage eintreten werden (Beifall rechts), nicht aus Liebedienerei für die Regierung, sondern in der festen Ueberzeugung, daß wir damit den Interessen unserer Wähler dienen. Wir hoffen, daß dieses unser loyales Verhalten die Regierung in Preußen und im Reiche zu ebenso loyalem Verhalten uns gegenüber veranlassen wird. (Beifall.)

Abg. Rickert (freis. Vereinig.): Man hat darauf hingewiesen, daß sich Mitglieder des Hauses hinsichtlich der Deckungsfrage geäußert haben. Bei mir ist dies nicht der Fall. Ich habe mir vollständig freie Hand gelassen. Unsomehr muß ich die Behauptung zurückweisen, daß man aus anderen Motiven seine Stellung einnimmt, als aus solchen, die in der Sache selbst liegen. Man mag deshalb meinen Charakter verdächtigen, man mag mich einen Wadelstrümpfler nennen (Große Heiterkeit; Zurufe von den Soz.). Sie, m. H., haben doch das Vergnügen gemacht. Aber so viel Charakter wie Sie habe ich noch jederzeit (Heiterkeit). Ich habe die Ueberzeugung, daß militärische Fragen bei uns nicht so behandelt werden, wie sie es müßten. Ich habe mich während der früheren Kommissionsberatung von der Notwendigkeit und der Durchführbarkeit der Vorlage überzeugt. Das gestehe ich ohne Scheu, und indem ich mich jetzt auf den Boden der Vorlage stelle, weiß ich mich zugleich auch auf dem Boden des Programms, auf das hin ich gewählt bin. Das Militärsystem, das die Sozialdemokraten befürworten, gilt heute selbst in der Schweiz als veraltet; man verschließt sich nicht mehr dem Gedanken, sich den Armeeverhältnissen der anderen europäischen Staaten zu nähern. Das Militärsystem hätte ich auch nicht einmal für billiger als das der stehenden Heere. Für uns ist besonders wertvoll das Zugeständnis der zweijährigen Dienstzeit. Um diese haben wir 30 Jahre gekämpft, nun sollten wir sie zurückweisen? Ich habe auch das Vertrauen, daß, wenn sie sich bewährt, der gegenwärtige Reichskanzler sie nicht abschaffen wird. Aber es giebt Gegner der zweijährigen Dienstzeit, und deshalb legen wir Wert darauf, daß sie gesetzlich für so lange festgelegt wird, wie die Kompensationen dafür fortbestehen. Was die Deckungsfrage betrifft, so sehen wir in der Erklärung des Reichskanzlers, daß die Landwirtschaft nicht belastet werden soll, keine Absage an unseren Wunsch, die Liebesgabe bei der Branntweinsteuer aufzuheben. Denn letzt res bedeutet keine „neue" Steuer. Die Börsensteuer muß so eingerichtet werden, daß sie den Verkehr nicht behindert. Auf keinen Fall aber dürfen die Lebensmittel der Aermeren neu belastet werden. Mit dem Liberalismus hat die Frage der Wehrhaftigkeit des Vaterlandes nichts zu thun. Sollte mir aber die liberale Partei das Eintreten für die Sicherheit des Vaterlandes verargen, so würde ich, so treu gegen ihn mein Liberalismus bin, aus der liberalen Partei austreten. Parteiinteressen müssen eben schweigen, wo es sich um die Sicherheit des Vaterlandes handelt. (Beifall rechts).

Darauf schließt die Diskussion.

Persönlich bemerkt

Abg. Gröber (Zentr.), er habe nicht dem Reichskanzler als Person den Vorwurf des unehrlichen Vorgehens gemacht, sondern der Regierung.

Eine Kommissionsberatung ist nicht beantragt, die zweite Lesung findet somit im Plenum statt.

Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr (Interpellation Osann: betr. Futternot; Interpellation Bebel: betr. Aeußerung des Straßburger Polizeipräsidenten; zweite Lesung der Militärvorlage).

Schluß 3 Uhr.

Parteinachrichten.

Altenburg, 9. Juli. Bei einem Mitarbeiter des „Wähler" wurde eine resultatlose Haussuchung nach einem Manuskript vorgenommen, in welchem eine Majestätsbeleidigung enthalten sein soll.

Nürnberg, 9 Juli. In Uebereinstimmung mit der Mehrheit der Wahlmänner proklamiert eine Versammlung der sozialistischen Landtagswähler als Kandidaten für die Abgeordnetenkammer: Grillenberger, Löwenstein, Scherm und Stadtrat Erhardt in Ludwigshafen.

— Die schweizerische Arbeiterpresse macht Fortschritte. Nachdem mit 1 Mai in Luzern und Anfangs Juni in Zofingen (Kanton Aargau) je ein neues Arbeiterblatt erschienen ist, soll nun mit 1. Oktober der jetzt wöchentlich erscheinende Baseler „Arbeiterfreund" täglich erscheinen. Es wäre dies das erste in der Schweiz täglich herauskommende sozialistische Blatt. Ueber die Notwendigkeit einer Tageszeitung für die Sozialdemokratie kann angesichts der zahlreichen großen und kleinen Preßorgane der bürgerlichen Parteien kein Zweifel bestehen. Zu wünschen ist nur, daß das Blatt sich dann auch halten kann. Der Titel „Arbeiterfreund" wird dann ersetzt werden durch „Vorwärts".

Aus Stadt und Land.

Halle a. S., 11. Juli 1893.

Die Revision in der Strafsache gegen Gen. Krüger (Beleidigung des Polizeiobersinspektors Weydemann) kam gestern vor dem 3. Strafsenat des Reichsgerichts zur Verhandlung. Die Angelegenheit, in welcher Krüger vom hiesigen Landgericht freigesprochen worden war, endete mit Aufhebung des Urteils und Zurückverweisung zur nochmaligen Verhandlung an die erste Instanz. Wir verweisen auf den bezüglichen Bericht unter „Entscheidungen des Reichsgerichts" in der heutigen Nummer.

Oeffentliche Volksversammlung. Die gestern abend im Saale des „Neuen Theater" stattgehabte öffentliche Volksversammlung war nicht besonders gut besucht. Geroße Mitung referierte über das Thema: „Was lehrt uns die vergangene Reichstagswahl". Redner besprach die Kampfesweise der Gegner im vergangenen Wahlkampfe bezw. deren unhaltbare Versprechungen vor der Wahl den Arbeitern gegenüber, und schloß mit dem Wunsche, daß es uns in Zukunft gelingen möge, den Trug und die Lüge aus diesem Wahlkreise zu verdrängen und an dessen Stelle die Wahrheit und Gerechtigkeit zu setzen. Zur Diskussion meldete sich als Gegner ein Herr Lohrberg. Derselbe wollte an dem schwachen Besuch der Versammlung beweisen, daß sich die Arbeiter von der Sozialdemokratie abwenden und daß es faul mit der Sozialdemokratie stände. Ferner verstieg er sich zu der kühnen Behauptung, daß die Versprechungen aller „staatserhaltenden Elemente" in Erfüllung gegangen wären, dagegen die der Sozialdemokratie nicht. Daß die Versammlung die Ausführungen des Redners nicht sehr ernst nahm und ihn mehr als die komische Figur des Abends betrachtete, ging aus dem ironischen Beifall hervor, welchen er am Schlusse seiner Rede erntete. Unsere Genossen, die in der Diskussion sprachen, hatten es auch nicht nötig, sich näher mit Herrn Lohrberg zu beschäftigen, es wurde ihm kurz angedeutet, daß man ihn zu denen rechnet, die nicht alle werden. Der 2. Punkt der Tagesordnung wurde wegen vorgerückter Zeit vertagt.

Der Bericht über die Stadtverordnetenversammlung mußte wegen Mangels an Raum zurückgestellt werden.

Concordiatheater. Die seit einigen Tagen unter der Direktion des Herrn J. Wopke im „Concordiatheater" gastierende Wiener Operetten-Gesellschaft brachte am gestrigen Abend die alte, jedoch immer wieder gern gesehene Straußche Operette „Die Fledermaus" zur Aufführung und fand infolge der vortrefflichen Darstellung eine sehr beifällige Aufnahme. Die Darsteller verfügen über ein flottes humorvolles Spiel wie nicht minder gute gesanglichen Fähigkeiten, welch' letztere besonders bei einigen weiblichen Mitgliedern der Gesellschaft von der Kritik an dieser Stelle als gute geschulte im reichen Maße bezeichnet werden können. Von den zahlreichen Darstellern seien nur einigen besonders Erwähnung gethan: Hrn. König als Gabriel v. Eisenstein, Rosalinde Frl. Carlo, Hrn. Siebert als Gefangnisaufseher, Hrn. Alberty als Gefängnisdirektor, Frl. Wapke als neckisches Stubenmädchen Adele und dem Gefängnisaufseher Frosch des Hrn. Nikolitsch. Die Musikleitung hatte Herr Kapellmeister Stefan inne und wurde gut ausgeführt.

Ein Motorwagen der elektrischen Bahn, Linie Wachterer- und Reilstraßen-Ecke, geriet gestern abend gegen 6 Uhr in Brand. Als man das Feuer bemerkte, hatte dasselbe schon so weit um sich gegriffen, daß die Passagiere nicht schnell genug den Wagen verlassen konnten. Die hellen Flammen schlugen von unten an dem Wagen in die Höhe, wodurch letzterer gänzlich zu verbrennen drohte. Durch die Hilfsbereitschaft von Anwohnern der Wachterstraße konnte aber das Feuer noch gelöscht werden und der Wagen weiterfahren. Durch das Vorkommnis entstand ein Aufenthalt von 10 Minuten.

Brand. Am Sonnabend abend brannten zwischen den Stationen Roitzsch und Bitterfeld der Berliner Strecke an zwei verschiedenen Stellen eine Anzahl dicht am Bahngeleise stehende Roggenmandeln nieder. Veranlaßt wurde der Brand durch Funken, welche der Esse der Lokomotive eines Schnellzuges entströmten. Die Eisenbahnverwaltung hat den Schaden zu tragen.

Vereine, Versammlungen etc.

Halle, 9. Juli. Freitag den 7. d. M. fand eine schwach besuchte Versammlung des Gewerbschaftskartells statt, zu welcher auch die Besitzer des Gewerbegerichts geladen und auch zum Teil erschienen waren. Die Tagesordnung lautete: 1. Die bevorstehenden Gewerbegerichtswahlen, 2. Vereinsangelegenheiten. Der erste Punkt rief eine sehr lebhafte Debatte hervor, die hauptsächlich dadurch erzeugt wurde, daß der anwesende Besitzer des Gewerbegerichts Genosse Seifert (Maurer) der Meinung huldigte, daß es nicht Aufgabe der Gewerkschaften und deshalb auch nicht des Gewerkschaftskartells sei, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen. Es sei dies lediglich Sache der sozialdemokratischen Partei und könnte nur in öffentlichen Volksversammlungen geregelt werden. Die Gewerkschaften hätten bei der vorigen Wahl zum Teil Vertreter in Vorschlag gebracht, die nicht im geringsten befähigt gewesen seien, diesem so verantwortlichen Posten eines Gewerbegerichtsbesitzers gerecht zu werden. Dieser Ansicht traten die sämtlichen anderen Redner entgegen und es wurde demzufolge auch beschlossen, daß die Gewerkschaften wiederum die Vorarbeiten zu den Wahlen besorgen und dieselben dann in der öffentlichen Volksversammlung ihre Bestätigung finden sollen. Punkt 2 der Tagesordnung wurde zurückgesetzt und an dieser Stelle über die den Gewerbegerichtsbeisitzern zugegangenen Erhebungen über Einführung der Sonntagsruhe Aussprache gepflogen, welche zu dem Resultate führte, in den meisten Fällen für vollständige Sonntagsruhe der hier in Frage kommenden gewerblichen Arbeiter eingetreten. Wo aber Ausnahmen im Interesse der Allgemeinheit stattfinden müssen, solle man dafür eintreten, daß die Arbeiten ununterbrochen, ohne Rücksicht auf die Zeit des Gottesdienstes, ausgeführt werden dürfen, oder aber zu veranlassen, daß solche Sonntagsarbeit bis zum Beginn des Frühgottesdienstes erledigt sein muß. Hierauf wurde die Präsenzliste festgestellt und ergab dieselbe folgendes Resultat der anwesenden Vertreter: Kesselschmiede 1, Schuhmacher 2, Handschuhmacher 1, Klempner 1, Zigarrenmacher 2, Böttcher 2, Glaser 1, Zimmerer 2, Former 1, Buchdrucker 1, Müller 1, Tischler 1, Weißgerber 1. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Aus dem Gerichtssaal.

Halle, 10. Juli. (3. Strafkammer) Ein gemeiner Schwindler, wie er wohl selten auf der Bildfläche erscheint, hatte sich heute in der Person des 29jährigen Agenten Emil Ruhmann aus Bachra zu verantworten. Derselbe ist wiederholt wegen Betrugs, zuletzt zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust bestraft und wurde desselben Vergehens in 4 Fällen beschuldigt. Der Angeklagte besaß die Dreistigkeit, in verschiedenen Städten als Rechtsanwalt aufzutreten und hier sogar seine Niederlassung in der „Saale-Ztg." als Rechtsanwalt Dr. Ruhmann öffentlich anzuzeigen. Der famose Rechtsgelehrte hatte sich hauptsächlich auf Heiratsschwindel gelegt, den er auch mit Erfolg bei zuklassierten Damen ausgeführt. Im Sommer v. J. kam der Angeklagte mit dem jetzt in Giebichenstein, früher in Weimar wohnenden Rentier Franz Passauer in Erfurt gesprächsweise in einer Wirtschaft zusammen. Der Angeklagte stellte sich letzterem als junger Rechtsanwalt vor mit dem Bemerken, in Amerika Jura studiert zu haben und jetzt mit der Absicht umzugehen, sich als Rechtsanwalt niederzulassen. Herr Passauer hatte an dem jungen renommierenden „Juristen" Gefallen, denn er führte ihn in seiner Familie ein und stellte ihn unter dem wohlklingenden Namen „Rechtsanwalt Dr. Ruhmann von Felsberg" seinen Angehörigen in Weimar vor. Hier verstand es der Angeklagte, Vertrauen zu erwecken, welches Herrn Passauer dazu verleitete, den jungen „Rechtsgelehrten" in seine Behausung zu nehmen, und ihn mit ansehnlichen Vorschüssen, in Gesamthöhe bis ca. 200 M, zu versehen. Diese Vorschüsse dienten dazu, Reisen zu unternehmen nach Berlin, Torgau u. s. w., um dort „Rechtsstreitigkeiten aufzusehen." Bald mußte der junge Mann vor dem Schwurgericht zu Leipzig als „Verteidiger", bald wieder in Arendsberg als „Staatsanwalt" auftreten, und er verstand es, dies den von ihm Beschwindelten „begreiflich" zu machen. Um sein sicheres Auftreten als „Rechtsanwalt" noch zu bekräftigen, ließ er sich von der Tochter Passauers ein Talar (Amtsrobe) und ein Amtsbarett anfertigen, welche Kleidungsstücke er zu seinem Auftreten als „Jurist" zu gebrauchen vorgab. Auch in familiärer Beziehung wußte sich der Angeklagte sehr „beliebt" zu machen; er knüpfte mit der Tochter Passauers ein Verhältnis an, welches bis zur Verlobung führte. Die Verlobung wurde mit Einwilligung des Vaters unter den üblichen Formen des Ringekaufens, Verlobungskartenausgebens, feierlich begangen, natürlich auf Kosten des „zukünftigen Schwiegervaters". Letzterer wurde vom Angeklagten sogar soweit bethört, daß er sich schließlich verleiten ließ, seine Passauers Villa in Weimar zu verkaufen und mit ihm und Tochter nach Giebichenstein bei Halle überzusiedeln, wo er, der Angeklagte, sich angeblich als „Rechtsanwalt" niederlassen wollte. Der Verkauf der Villa war dem Angeklagten anvertraut worden, weil er als „Rechtsanwalt" doch wissen müsse, mit Verkäufen u. drgl. besser umzugehen. Für die Vorteile, die er bei Passauer zog, beschwindelte er selbigen in unverschämter Weise, indem er sich als vermögender Mann vorspielte. Einmal fuhr er nach Berlin, um „das große Los" zu holen, ein andermal um 7 Rittergüter zu verkaufen u. s. w. Zu bewundern ist es, daß bei dieser frechen und dreisten Schwindelei dem Herrn Passauer und seiner Tochter die Augen nicht aufgegangen sind. Beide sind dem Angeklagten zu Gefallen nach Giebichenstein verzogen, der Vater hat seine Villa in Arnstadt verkauft und die Tochter hat sich so lange als Verlobte betrachtet, bis die Schwindeleien aufgedeckt und der Angeklagte verhaftet worden ist. In Giebichenstein hat der Angeklagte seinen Schwindel im Januar 1893 mit der öffentlichen Anzeige seiner Niederlassung als Rechtsanwalt Dr. Ruhmann begonnen. Hier führte ihn auch der Weg zu einer Heiratsvermittlerin Frau Pauline Winkler, bei welcher er sich ebenfalls als „Rechtsanwalt und zukünftiger Kompagnon" des hiesigen Justizrats Schleickmann vorstellte, letzterer hatte natürlich davon noch keine Ahnung. Auf Veranlassung der Frau Winkler, welche Angeklagter betreffs Verheiratung um Beschaffung einer „Braut" ersucht hatte, wurde Angeklagter mit der Tochter des Kaufmanns Theodor Mok in Bitterfeld zusammengeführt. Dieses Fräulein hat der Angeklagte in ebenso schamloser Weise beschwindelt, wie im vorigen Fall. Durch sein sicheres Auftreten als „Rechtsanwalt" gegenüber dem Vater der letzteren, der ihm ebenfalls Aufenthalt in seiner Behausung gewährte, war es ihm gelungen, selbigem auch 50 M. zu einer Reise als „Verteidiger" nach Torgau abzuschwindeln. Bei Herrn Mok hat Angeklagter sich als „Rechtsbeistand" zur Regelung von Erbschaftsangelegenheiten angeboten. Eines Tages im Januar dieses Jahres wurde er mit der von Fräulein Passauer angefertigten Amtsrobe und mit dem Amtsbarett bei Herrn Mok vorstellig, um so seine auserlesenen Opfer zu beschwindeln und sie in den Glauben zu versetzen, daß er wirklich „Rechtsanwalt" sei. Sein gutes Mundwerk, seine angeblich sichere Existenz als „Rechtsanwalt" verleiteten das Fräulein Mok ebenfalls zu einer Verlobung mit dem Angeklagten, — der es auch nebenbei verstanden, sich als frommer religiöser Mensch aufzuspielen. Die Verlobung, die ebenfalls bei Anwendung von etwas Vorsichtigkeit

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218930712-10/fragment/page=0003

seitens des Vaters des Fräulein Mot hätte vermieden werden können, wurde in ähnlicher Weise vollzogen, wie im vorigen Fall. Durch einen Herrn Kaufmann Amthor hier, der mit einem der Geschädigten in Beziehungen stand, wurde der Angeklagte als Schwindler erklärt. In Halle hatte er auf dem Moritzkirchhof Nr. 15 gewohnt und dort ebenfalls sein Unwesen als „Rechtsanwalt" getrieben. Von der Vermittlerin Frau Winkler ist der Angeklagte ferner einer Frau Ida Reichenbach in Köthen, die einen Ehescheidungsprozeß zu führen hatte, als Rechtsbeistand empfohlen worden. Selbige hat Angeklagter auch geprellt, indem er zu der Frau Reichen ach von hier aus hinüberfuhr, sich als Rechtsanwalt Dr. Ruhmann vorstellte und unter der Vorspiegelung, ihren Ehescheidungsprozeß innerhalb 3 Wochen sachgemäß und günstig zu Ende zu führen, für 20 M. Kostenvorschuß abnahm. Einem Maurermeister Lösnitz in Weimar hat der Angeklagte in ähnlicher Weise einen Kostenvorschuß von 41 M. abgenommen. Bei der Beweisaufnahme, die einen ziemlichen Zeitraum in Anspruch nahm, betrug sich der Angeklagte im höchsten Maße frech. Er versuchte seine Schandthaten zu verschleiern und sich im großen Ganzen als Unschuldiger hinzustellen. Die Schuldbeweise wurden aber hauptsächlich von den beiden als Zeugen geladenen jungen Damen, die es ziemlich derbüren mochte, ihr „früheres Ideal" jetzt in einem Sträflingskostüm vor sich zu sehen, in deutlicher Weise zu tage gefördert. Das Barett und die Amtsrobe, deren Anfertigung ihm Fräulein Passauer 8 M. gekostet hat, waren an Gerichtsstelle zur Besichtigung als Beweismittel niedergelegt. Verhaftet wurde der Angeklagte in Halle am 16 Februar. Die Staatsanwaltschaft kennzeichnete in scharfer Weise das Gebahren des ausgefeimten Schurken und Schwindlers und meinte, es sei unbegreiflich, wie sich die Geschädigten auf diese Weise hinters Licht führen lassen konnten. Man könne wohl bezüglich der betregenen Beteiligten, ohne beleidigen zu wollen, hier den Ausspruch anführen, daß die „D . . . . . nicht alle werden." Er beantrage gegen den Angeklag en wegen der 4 Betrugsfälle 6 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. Das Gericht erachtete den Angeklagten nur des Betrugs in 3 Fällen für überführt. Der Fall gegen den Maurermeister Lösnitz in Weimar schied aus, da der Angeklagte selbigem nicht vorgeschwindelt, daß er Rechtsanwalt sei. Eine energische Strafe erschien angemessen, da der vielfach wegen Betrugs vorbestrafte Angeklagte mit einer seltenen Frechheit zu Werke gegangen. Von mildernden Umständen konnte keine Rede sein, weshalb auf eine Zuchthausstrafe von 5 Jahren, 10 Jahre Ehrverlust und eine Geldstrafe von 900 M., event. für je 15 M. noch 1 Tag Zuchthaus erkannt worden ist. Der Angeklagte wurde in Untersuchungshaft zurückgeführt.

Entscheidungen des Reichsgerichts.

(Nachdruck verboten.)

Leipzig, 10. Juli. (Von den berechtigten Interessen der Presse.) Am 3. Juli sprach sich der 1. Strafsenat, wie wir berichteten, unter Verwerfung der gegen die Freisprechung des Redakteurs Gewehr in Elberfeld gerichteten Revision des Staatsanwalts dahin aus, daß die Redaktion eines Blattes berechtigte Interessen haben könne, die Leser über Strafprozesse gegen ihre eigenen Redakteure zu unterrichten. Die Anklage hatte in diesem Falle etwas Strafbares darin erblickt, daß der Redakteur diejenigen Stellen des früheren Artikels, der den Prozeß, über welchen verhandelt wurde, veranlaßt hatte, in dem Prozeßbericht wiederholt hatte. Das Landgericht Elberfeld aber hatte auf Freisprechung erkannt, weil nicht festzustellen war, daß durch den Wiederabdruck eine neue Beleidigung begangen werden sollte. Dieses Urteil hatte, wie erwähnt, der 1. Strafsenat am 3. Juli bestätigt. Heute kam nun vor dem 3. Strafsenate ein ganz ähnlicher Fall zur Verhandlung. Das „Volksblatt für Halle" brachte im November v. J. einen Artikel unter der Ueberschrift „Ein böses Beispiel", welches auf den Oberschaffner W. Bezug hatte. Der für den lokalen Teil verantwortliche Redakteur Karl Krüger wurde am 19. Januar wegen dieses Artikels zu Gefängnisstrafe verurteilt. Am 21. Januar erschien im „Volksblatt" unter der Rubrik „Gerichtssaal", welche ebenfalls von Krüger verantwortlich redigiert wird, ein ausführlicher Bericht über diese Gerichtsverhandlung. Da der inkriminierte Artikel in der Verhandlung verlesen worden und zum Verständnis des Prozeß-Urteils notwendig war, so war er wieder mit abgedruckt worden. Die Staatsanwaltschaft erhob wegen dieses Wiederabdrucks abermals Anklage, aber das Landgericht Halle sprach am 6. April den Angeklagten frei. In den Gründen hieß es: „Eine genaue und vollständige Wiedergabe der bezüglichen Gerichtsverhandlung vom 19. Januar ist notorisch in dem inkriminierten Berichte enthalten. Einen solchen Bericht überhaupt zu bringen, muß als ein Recht des „Volksblattes" angesehen werden, da jene Gerichtsverhandlung durch einen Artikel desselben hervorgerufen war und die Leser dieser Zeitung ein Interesse daran haben, zu erfahren, inwieweit der Inhalt desselben ein strafbarer gewesen ist. Durfte in dem „Volksblatt" aber überhaupt ein Bericht über die fragliche Gerichtsverhandlung veröffentlicht werden, so durfte darin auch der betreffende Artikel wieder abgedruckt werden, da dieser Artikel, wie ebenfalls notorisch, in jener Verhandlung zum Zwecke der Beweisaufnahme verlesen worden ist und soweit sein Wiederabdruck zu einer vollständigen Wiedergabe jener Verhandlung notwendig war. Außerdem war aber auch der Wiederabdruck des Artikels zum Verständnis der Gerichtsverhandlung notwendig, oder konnte wenigstens vom Angeklagten dafür erachtet werden. Wissin handelte der Angeklagte in Wahrnehmung eines berechtigten Interesses. Daß er hierbei aber die Absicht gehabt habe, den W. von neuem zu beleidigen, hat sich weder aus der Form noch aus den Umständen feststellen lassen." Soweit das Urteil. — Die Revision des Staatsanwalts machte folgendes geltend: Das Interesse der Leser steht, wie das Reichsgericht schon entschieden hat, nicht unter dem Schutze des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen). Es kann nur in Frage kommen, ob die berechtigten Interessen des Redakteurs den wortgetreuen Wiederabdruck des Artikels gestatteten. Aber gerade für die Leser war der Wiederabdruck nicht erforderlich da die Kenntnis des Artikels bei ihnen vorausgesetzt werden konnte. Drucke der Angeklagte dennoch den Artikel wieder ab, so ist die Annahme gerechtfertigt, daß er andere Absichten, nämlich die der Verhöhnung und Beleidigung verfolgte. — Herr Reichsanwalt Schumann trat der Revision bei. Er führte in der Hauptsache folgendes aus: Wenn, wie es scheint, die Vorinstanz auf dem grundsätzlichen Standpunkte steht, daß jede Redaktion als berechtigt anzusehen sei, einen solchen Bericht zu bringen und zu diesem Zweck den Inhalt des für strafbar erachteten Artikels nochmals zu veröffentlichen, so muß dieser Standpunkt als ein rechtsirrtümlicher bezeichnet werden. Von einem Rechte, einen solchen Bericht zu veröffentlichen, kann nicht die Rede sein. In dem Urteile ist auch die Rede von dem Interesse des Publikums, welches berechtigt sei, zu erfahren, wie sich der Prozeß gestaltet habe. Das Landgericht scheint davon auszugehen, daß der Redakteur auch zur Wahrnehmung der Interessen des Publikums an solchen Prozessen berechtigt sei. Auch insoweit geht das Landgericht von unzutreffenden Voraussetzungen aus, denn dazu ist die Presse nicht da, Unterhaltungsstoff für das Publikum zu liefern und die Neugierde des Leserkreises zufriedenzustellen. Welche Zwecke der Angeklagte mit der Wiedergabe des Urteils verfolgte, das hat das Gericht nicht festgestellt, jedenfalls weil es annahm, daß derartige Veröffentlichungen stets unter dem Schutze des § 193 ständen. In beantrage die Aufhebung des Urteils, obwohl der 1. Strafsenat heute vor acht Tagen die staatsanwaltliche Revision in einem ähnlichen Falle verworfen hat. Dort scheint die Sache aber insofern anders zu liegen, als das damals angefochtene Urteil nicht auf dem grundsätzlichen Standpunkte steht, den das Landgericht Halle in diesem Falle einnimmt. — Der 3. Strafsenat erkannte hiernach auf Aufhebung des Urteils und verwies die Sache an das Landgericht Halle zurück. Besondere Gründe wurden nicht verkündet, doch darf als selbstverständlich angenommen werden, daß der 3. Strafsenat mit diesem Urteile sich nicht im Widerspruch zu der erwähnten Entscheidung des 1. Strafsenats gesetzt hat, sondern lediglich das Urteil aufgehoben hat, weil es von einem Rechte des Redakteurs schlechthin sprach und auch unzulässigerweise die Rechte der Leser mit herangezogen hat.

Nah und Fern.

Naumburg, 10. Juli. Das etwa 11jährige Kind des Einwohners Bergmann in Memendorf verunglückte heute morgen dadurch, daß es, mit einer Gewehrpatrone spielend, so lange daran herumklopfte, bis das Geschoß platzte und dem Kinde eine erhebliche Armwunde beibrachte.

Borghorst i. Westf., 7. Juli. Wahre Musterknaben sind die Sicherheitswächter, welche am letzten Kirmeßabend in unserem friedlichen Städtchen gehaust haben. Der Polizeidiener Götze forderte zwei Frauen auf, die Glötz'sche Gartenwirtschaft zu verlassen und als die beiden, von denen die eine sich in gesegneten Umständen befand, nicht gleich Trab anschlugen, hieb der schneidige Beamte mit dem Säbel auf die Wehrlosen ein. Dann ging er in eine andere Wirtschaft und verhaute dort in Gemeinschaft mit dem Nachtwächter Böhmer einen Arbeiter, daß er, aus fünf Wunden blutend, zusammenbrach. Das edle Paar hatte sich heute vor der Strafkammer zu Münster zu verantworten; Götze erhielt 1 Jahr und 14 Tage, Böhmer 6 Wochen Gefängnis.

Ulm. („Schneidig!") Dem Stuttgarter „Beobachter" wird folgender bezeichnender Vorgang mitgeteilt: Vergangenen Sonntag kam Leutnant Fritz von der 9. Komp. des Grenadierregiments Nr. 123 mit einem Reserveleutnant B. der 7. Kompagnie abends um 9½ Uhr in die hiesige Kaserne seines Regiments. Ersterer, der keinen Dienst hatte, ließ in seinem stark angetrunkenen Zustande den Feldwebelsrat schlagen, worauf sämtliche Feldwebel des Regiments erschienen. Einem Feldwebel, der schon über fünfzehn Jahre Dienstzeit hinter sich hat, machte der Herr Leutnant die größten Vorwürfe darüber, daß derselbe auf seinen Befehl nicht stillstand. Nicht genug mit der Maßregelung der Feldwebel, auch die Feuerwache mußte vor dem angetrunkenen Leutnant antreten, wobei letzterer dem wachthabenden Sergeanten mehrere Blätter seiner Wachtparole zerbiß, bis endlich der rasende Leutnant in bewußtlosem Zustande auf dem Boden lag. Andern Tages früh ½7 Uhr kam schon der Herr Leutnant und entschuldigte sich bei seinen Feldwebeln. Für dieses Bravourstückchen erhielt jedoch der schneidige Leutnant acht Tage Stubenarrest.

Graz. Bei Durchforschung einer Tropfsteinhöhle in der Nähe von Graz sind gestern nachmittag, nach einem Berichte der „Voss. Ztg.", 8 Männer abgestürzt, 2 davon waren angeseilt, sie kamen mit leichten Verletzungen davon; die dritte, ein Tischlermeister, der eine Aufsicht übernehmen wollte, hatte, nicht den Schädel und blieb tot.

St. Gallen. Zwei schweizerische Offiziere aus St. Gallen, Wirth und Maurer stürzten beim Pflücken von Alpenrosen unterhalb des Gotthardhospizes ab. Wirth war sofort tot und Maurer ist schwer verletzt. Wirth wurde unter allgemeiner Teilnahme der St. Gallener Bevölkerung beerdigt.

Chicago, 11. Juli. In einem unweit der Ausstellungsgebäude gelegenen Lagerschuppen entstand gestern ein Brand. Das Dach stürzte zusammen, zwanzig Feuerwehrleute stürzten infolgedessen in die Flammen und kamen ums Leben, 5 andere Feuerwehrleute wurden durch Einsturz eines Turmes zerschmettert und etwa 60 Personen verwundet. Die Ausstellungsgebäude haben keinen Schaden erlitten. Der Verlust wird auf 1½ Millionen Dollar geschätzt.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, 10 Juli.

Aufgeboten: Der Ingenieur Adolf Berger und Klara Reichenbach (Charlottenburg). Der Obrekellner Heinrich Riemann und Henriette Bothe (Leipzig und Langelsheim). Der Schlosser Rudolf Hellwig und Marie Hüttner (Mecklstraße 7 und Mecklstraße 16). Der Vizefeldwebel Hermann Hackemesser und Marie Reich (Reilstraße 128 und Brettstraße 13).

Eheschließung: Der Tapezierer und Dekorateur Karl Tänzer und Charlotte Retzer (Streiberstraße 11).

Geboren: Dem Tischlermeister Wilhelm Preller ein S., Karl Otto (Kruckendorfstraße 7). Dem Bierhändler Alfons Heigl eine T., Agnes (Friesenstraße 14). Dem Sattlermeister Bernhard Herrmann eine T., Auguste Gertrud (Leipzigerstraße 69). Dem Handarbeiter Louis Eckstein ein S., Richard Walther (Thorstraße 32). Dem Ober-Ingenieur Karl Wallstab ein S., Otto Wilhelm Karl (Merseburgerstraße 149). Dem Schneider Thomas Jakienec ein S., Fritz Erich (Leipzigerstraße 18). Dem Handarbeiter Karl Poblert eine T., Frieda Elsa (Grafenweg 5). Dem Ingenieur Richard Schmied eine T., Felicitas Elfriedа (Liebenauerstraße 170). Dem Bäckermeister Hermann Dortmann eine T., Margarethe (Lessingstr. 38). Dem Handarbeiter August Händler ein S., Hermann Richard (Harz 39). Dem Kleinpner Hugo Knetsch eine T., Charlotte Maria Margaretha (Herrenstraße 22). Dem Schlosser Paul Adler eine T., Gertrud Klara Paula (Geiststraße 52). Dem Betriebsleiter Gustav Teute eine T., Gertrud Friederike Marie (Kalsinerstraße 28). Dem Müller Hermann Geißler ein S., Ferdinand Otto (Spitze 27).

Gestorben: Der Rentner Ludwig John, 69 J. (Magdeburgerstraße 66). Des Schmied Karl Johannsen T. Dora, 7 T. (Rannischestraße 9). Wilhelmine Richter, 77 J. (Albrechtstraße 17). Des Kaufmann Robert Lange T. Emilie, 5 M. (Brunoswarte 35). Der Steiger a. D. Karl Stammler, 62 J. (Meckelstraße 50). Des Bremser Wilhelm Schinkel S. Wilhelm, 5 M. (Schmiedestraße 23). Des Schuhmacher Ludwig Trolle S. totgeb. (Hapenstraße 21). Des Handarbeiter August Sonderhausen S. Erich, 4 M. (Kuttelhof 2). Des Tischler Louis Rennenberg Ehefrau Therese geb. Troff, 41 J. (Diakonissenhaus). Des Fleischermeister Franz Kopf S. Otto, 5 M. (Mansfelderstraße 10). Anna Welch, 15 J. (kleine Ulrichstraße 37). Der Maurer Günther Aberhold, 68 J. (Schmeerstraße 15). Der Maurer Christian Meye, 74 J. (Oleanderstraße 9). Des Handarbeiter Heinrich Barcke S. Walther, 5 M. (Mühlberg 8). Des Goldarbeiter Julius Strechel T. Martha, 4 M. (Fleischergasse 45). Des Schriftsetzer Albert Naß T. Elisabeth, 9 M. (kleine Ulrichstraße 36). Des Marktbelfer Valentin Dietz T. Elisabeth, 9 M. (Landwehrstraße 15). Des Dienstmann Karl Werge S. Otto, 2 J. (Brunnengasse 2). Der Fräsfiler Ernst Märker, 20 J. (Garnison-Lazarett). Des Maurer Wilhelm Machulla S. Hermann, 3 M. (Dreihauptstraße 8). Des Rentier Otto Grebin Ehefrau Klara geb. Sieber, 51 J. (Merseburgerstraße 166). Des Schlosser Paul Adler S. Rudolf, 1 J. (Geiststraße 52). Des Handarbeiter Joseph Kowalski S. Franz, 9 M. (Ludwigstraße 14). Des Handarbeiter Karl Daunke S. Paul, 7 M. (Herrenstraße 2). Des Handarbeiter Friedrich Haberland T. Margarethe, 1 M. (Brandenburgerstraße 1). Des Schlosser Otto Seidlitz T. Helwig, 1 J. (große Brauhausgasse 8). Der Dekorom Karl Robka, 70 J. (Klinik). Die Witwe Karoline Wende geb. Schmeder, 70 J. (Diakonissenhaus). Ein unehel. S. Zwei unehel. T. Ein unehel. totgeb. S.

Trotha, 1. bis 7. Juli.

Geboren: Dem Arbeiter Wilhelm Reichardt ein Reichardt ein S., Richard. Dem Maurer Julius Piehler eine T., Minna. Dem Maurer Franz Bohne eine T., Marie. Dem Arbeiter Johann Bobka eine T., Luise. Dem Stationskassisten Gustav Koch eine T., Helene.

Gestorben: Des Gemeinde-Vorsteher Louis Brömme T. Elise, 21 J 8 M. Der Steinmetzer Heinrich Dietzler, 71 J. 1 M. Des Fuhrwerksbesitzer Hermann Gieber S. totgeboren. Der Maschinist Franz Merkel, 43 J. 1 M. Des Kohlenhändler Oswald Lehscher S. Oswald, 2 M. Des Stations-Assistenten Gustav Koch T. Helene, 3 T. Die Waise Klara Lippert, 11 J. 10 M.

Solidarität!

Arbeiter! Nur Hüte, welche nebenstehende Marke unter dem Schweißleder tragen, bieten Garantie, daß den Verfertigern gerechter Lohn wurde!

Kauft nur Hüte mit dieser Marke!

Die Marke ist grün auf weißem Papier gedruckt.

Für die Redaktion verantwortlich: **Richard Illge** in Halle.

Geschäfts-Uebernahme.

Einem geehrten Publikum sowie meiner alten Kundschaft die ergebene Mitteilung, daß ich mein **altes Viktualien-Geschäft** seit heute wieder übernommen habe und bitte um das alte mir in so reichem Maße geschenkte Vertrauen, welches in altgewohnter Weise rechtfertigen werde. Hochachtungsvoll

Halle a. S., den 11 Juli 1893 **Fr. Saalfeld, Steinweg 18.**

Zum bevorstehenden Kinderfeste

empfehle ich den Gesellschaften und Vereinen mein Engros-Lager von **Galanterie- u. Spielwaren, Verlosungsgegenständen, Adlern, Sternen** 2c. **Papierlaternen.** Vereine erhalten Engros-Preise, Rabatt und Prozente.

C. F. Ritter, Leipzigerstr. 91, größtes Geschäft der Branche am Platze.

Margarine,
hochfein im Geschmack, per Pfd. 55, 65 und 75 Pf.,
pa. Hamburg. Schmalz
per Pfd. 63 Pf.,
vorzügl. gebr. Kaffees
per Pfd. 1.40, 1.60, 1.80 und 2 Mk.
empfehlen
Noak & Lorenz,
Ecke der gr. und kl. Steinstraße

ff. Hamburger Schmalz
billigst bei
Reinh. Georgii
Glauchaerstraße.

Billigstes Erfrischungsgetränk!
Coco
in Tafeln von 10 ₰ an empfehlen
E. Walthers Nachf.
Moritzzwinger 1 und Steinweg 28.

Himbeersaft
à Pfund 60 ₰ empfiehlt
Neumarkt-Drogerie
Albrechtstraße 1, Bernburgerstr.-Ecke.

Walhalla-Theater.
Direktion: Richard Hubert.
Die **Gesellschaft Hegelmann** (vier Personen), Lust-Nectrurner. (Sensationell!) — Das Julian-Textett, engl. Tanz-Sängerinnen. — Mr. William A. Martin, Portrait-, Feuer- und Landschafts-Schnellmaler. — Herr Kolling Mueller (der Mann im Wasser), Tauch- und Schwimmkünstler. — Die beiden Crenelets (Herr u. Dame), Verwandlungs-Instrumentalisten. — Herr Georg Rößer, Original Humorist (mit neuen, selbstverfaßten Vorträgen).
Beginn 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Concordia-Theater.
Dienstag den 11. Juli
Die Fledermaus.
Mittwoch den 12. Juli
Der Zigeunerbaron.
Schnitt-Billets à 25 ₰, für alle Plätze giltig, sind von 9 Uhr ab zu haben.

Morgen Mittwoch
Schlachtefest.
W. Belger, Lessingstraße 32.

Holzpantoffelfabr. D. Gründler
Halle a. S., Fleischergasse 42
empfiehlt ihr Lager dauerhaft und gut gearb. Holz-, Plüsch- u. Kordpantoffeln en gros und en detail zu den billigsten Fabrikpreisen.

Zur Anfertigung von Trauerkränzen
empfiehlt sich **H. Deicke,**
Blumengeschäft, Königstraße 8.

Kartoffeln.
Alte gesunde, unter Garantie fleckenreinigende sowie Frühkartoffeln verkauft zu soliden Preisen
H. Weiland,
Giebichenstein, gr. Brunnenstraße 18.

Bernsteinfußbodenlack mit Farbe à Pfd. 75 ₰
bei **Georg Zeising,** Kleinschmieden.

Fußbodenölfarbe à Pfund 40 ₰
Georg Zeising, Kleinschmieden.

Großes kräftiges Schwarzbrot
1. und 2. Sorte empfiehlt
Otto Hänel, Karlstraße 1.

Hochfeine alte Speisekartoffeln
traf heute wieder eine Ladung ein
Fr. Probst, Friedrichstraße 27.

Trock. Brennholz à Fuhre 2,25 M., Korb 25 ₰ bei **Muschke,** Gottesackergasse.

Sehr schöne mehlreiche **Speisekartoffeln** verkauft zu billigen Preisen
J. Banse, Giebichenstein, Hofstr. 22.

Empfehle mein vollzähl. **Musikkorps,** erteile Unterricht für Streich- u. Blasinstr.
C. Frohberg, Bahnhofstr. 17, H. I.

Ein kräftiges ehrliches **Mädchen,** welches keine Arbeit scheut, sucht sofort
Fr. Saalfeld, Steinweg 18.

Ein tafelförm. Instrument, für ein Restaurant passend, billig zu verk. Streiberstr. 32 p. Daselbst möblirte Zimmer als Schlafstelle.

Ein Zughund zu verkaufen.
A. Rothe, Beesen.

Sof. 2 versch. Bettst. mit Matz. verhältnißspottbillig zu verkaufen Lindenstraße 74 p.

Patentfischen zu kaufen gesucht
Glauchaerstraße 35 im Laden.

Fuhren aller Art, Briketts à Zentr. 60 ₰ **Doberitz,** Schützengasse 24.

Kleine Wohnungen zu 28 Thlr. zu vermieten Giebichenstein, Hofstraße 12.

Zwei Wohnungen à 34 und 20 Thlr. zum 1. Okt. zu verm. Bäckergasse 5.

Stube, Kammer und Küche zu vermieten Mühlweiche 12.

Kleine freundl. Wohnung an einzelne Leute zu vermieten Rakswerder 4.

Wohnung für 38 Thlr. zum 1. Oktober zu vermieten Ludwigstr. 23, I.

Wohnung zu 38 und 48 Thlr. zu vermieten Böhlitz gerweg 13.

Anst. fdl. Schlafstelle Schmeerstr. 20, II.

Gute Stube als Schlafstelle offen, auf Wunsch mit Kost Liebenauerstr. 12, II.

Frdl. Zimmer mit Schlafstube an zwei Herren sof. zu verm. Dachtgasse 12, I.

Frdl. Schlafst. Lindenstr. 63, II.

Freundl. Schlafstelle Königstr. 73, H. II.

Ein Herrenstiefel gefunden.
Brunoswarte 13 p.

Dank.
Zurück kehrt vom Grabe meiner lieben Frau **Luise Pfuhl,** geb. Fuchs, sage ich allen denen, welche sie zur letzten Ruhe begleiten, insbesondere den Trägern des Volksblatt meinen innigst gefühlten Dank.
August Pfuhl nebst Kinder.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: Aug. Groß, Halle. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (e. G. m. b. H.), Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262189307 12-10/fragment/page=0004